Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 21 (1965)
Heft: 5-6

Artikel: Was ist und will die International Alliance of Women?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-846562

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was ist und will die International Alliance of Women?

Die *International Alliance of Women* wurde 1904 auf Anregung von Susan B. Anthony und Carrie Chapman Catt als *internationaler Frauenstimmrechtsverband* gegründet. Es sind ihm 52 nationale Verbände in 38 Ländern angeschlossen. In diesen Ländern ist das Hauptziel, die politische Gleichberechtigung der Frau mit der einzigen Ausnahme „Schweiz" erreicht worden. 1948 wurde der Name der Weltorganisation in „International Alliance of Women" (IAW), d. h. Internationaler Frauenbund umgewandelt und als Leitspruch „Gleiche Rechte — gleiche Verantwortung" beigefügt. Dieses Ziel wird auf allen Gebieten erstrebt. Die IAW ist nichtstaatliches Mitglied der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen und hat sowohl in New York wie auch in Genf eine ständige Vertreterin.

Die IAW unterhält *fünf ständige Kommissionen.* In den angeschlossenen Verbänden werden für die betreffenden Gebiete wenn möglich ebenfalls Kommissionen gebildet oder wenigstens korrespondierende Mitglieder bestimmt, welche mit den Kommissionspräsidentinnen der IAW in Verbindung stehen. An den alle drei Jahre stattfindenden Kongressen werden für jedes der bearbeiteten Sachgebiete Empfehlungen ausgearbeitet und Resolutionen gefasst.

Die Kommission für gleiche politische und zivile Rechte befasst sich momentan mit der Frage, wie eine grössere Zahl von weiblichen Abgeordneten in den nationalen Parlamenten erreicht werden kann und insbesondere mit einer besseren staatsbürgerlichen Ausbildung der Frauen. Gleichstellung im ehelichen Güterrecht, elterliche Gewalt für beide Eltern, getrennte Besteuerung der Ehegatten sind weltweite Frauenpostulate, deren Verwirklichung erstrebt wird. Die IAW machte auch die Anregung, nationale Kommissionen zu schaffen, welche die Stellung der Frau studieren und Vorschläge zu deren Verbesserung ausarbeiten sollen. Diese Kommissionen müssten aus Vertretern des Staates und privater Organisationen bestehen.

Die Kommission für gleiche ökonomische Rechte fordert die Ratifikation der Konvention Nr. 100 des Internationalen Arbeitsamtes über gleiche Entschädigung für gleichwertige Arbeit. Sie befasst sich unter anderem mit der beruflichen Ausbildung der Frauen und der Möglichkeit des beruflichen Aufstieges. Gegenwärtig stehen die Verhandlungen im Internationalen Arbeitsamt über die Frauenarbeit in einer sich wandelnden Welt im Vordergrund des Interesses. Auch hier ist die IAW durch Vertreterinnen beteiligt.

Die Kommission für das gleiche Recht auf Erziehung setzt sich für die Mädchenschulung auf allen Stufen ein, die Ermöglichung einer höhe-

ren Ausbildung für die Mädchen oder die Absolvierung einer Lehre. Besondere Aufmerksamkeit wird der Erziehung der Mädchen in den Entwicklungsländern geschenkt. Aber auch in den Kulturstaaten sind den Mädchen noch lange nicht überall gleiche Ausbildungsmöglichkeiten geboten wie den Knaben. Bei der UNESCO hat die IAW ebenfalls eine ständige Vertreterin.

Die Kommission für Belange der Moral sucht Mittel und Wege zur Bekämpfung der in einigen Ländern immer noch bestehenden Sklaverei. Sie fordert die Festsetzung eines Mindestalters für die Ehefähigkeit und die freie Zustimmung beider Partner, mit anderen Worten: die Bekämpfung der Kinderehen, wie sie in manchen östlichen und afrikanischen Staaten noch Brauch sind. Ein Problem ist die erneute Zunahme der Geschlechtskrankheiten, über welche besser aufgeklärt und für deren Behandlungsmöglichkeit gesorgt werden sollte. Auch die rechtliche Stellung der ausserehelichen Kinder wird studiert sowie die Bekämpfung des Jugend-Verbrechertums. Eines der Mittel wäre eine erhöhte Zahl weiblicher Polizisten.

Die Kommission für internationale Verständigung fordert in erster Linie die Mitgliederverbände auf, ihre Regierungen zu veranlassen, die Arbeit der UNO und ihrer spezialisierten Organisationen zu unterstützen und den Entwurf der UNO für eine Konvention über die Menschenrechte anzunehmen.

Untersuchung über die Stellung der Frau in Europa

Dr. Elinor Hubert gehört zu den Parlamentariern, welche die Bundesrepublik in die Beratende Versammlung des Europarates entsandt hat. Sie ist Sozialdemokratin und hat in der Mai-Session des Europarates in Strassburg folgenden Vorschlag eingebracht:

„L'Assemblé,

1. considérant le rôle de plus en plus important de la femme dans la société moderne,
2. sachant que la position sociale des femmes varie selon les pays représentés au Conseil de l'Europe,
3. vu les transformations constantes des conditions sociales dans la société industrielle d'aujourd'hui,
4. charge sa Commission social d'effectuer une enquête sur la situation des femmes dans les pays membres du Conseil de l'Europe, en particulier en ce qui concerne l'égalité de rémunération et la formation professionnelle,
5. charge sa Commission juridique d'étudier le problème des droits politiques des femmes dans les pays membres du Conseil de l'Europe, et sa Commission politique de donner son avis sur cette question."

So wird sich der Europarat auch in diesem Zusammenhang mit der stimmrechtslosen Schweizerin zu befassen haben!